

**Antrag 97/II/2021****KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Transparenz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung stärken**

1 Wir fordern die Einführung von öffentlich zugänglichen  
 2 Transparenzregistern für den Einsatz von Künstlichen  
 3 Intelligenz-Systemen (KI-Systeme) in den öffentlichen  
 4 Verwaltungen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene.  
 5 Neben den Ministerien auf Landes- und Bundesebene so-  
 6 wie den Ämtern auf kommunaler Ebene, soll diese Trans-  
 7parenzpflicht auch insbesondere für Polizei und die Ämter  
 8 für Flüchtlingsangelegenheiten gelten. In dem Transpa-  
 9renzregister soll veröffentlicht werden, welche KI-Systeme  
 10 zu welchen Zwecken im öffentlichen Dienst eingesetzt  
 11 werden. Es soll darüber hinaus transparent dargestellt  
 12 werden, auf welcher Datenbasis und nach welcher Logik  
 13 die eingesetzten KI-Systeme Entscheidungen treffen.

14  
 15 Weiterhin sollte die Einführung von neuen KI-Systemen  
 16 im öffentlichen Dienst, durch eine Folgenabschätzung be-  
 17gleitet werden. In diesem Bericht sollten die Tragweite  
 18 und mögliche entstehende Auswirkungen auf die Gesell-  
 19schaft, die durch die Einführung eines solchen Systems  
 20 entstehen könnten, analysiert werden. Dabei sollten auch  
 21 konkrete Maßnahmen der Verwaltung genannt werden,  
 22 durch welche negative Auswirkungen von KI-Entscheidun-  
 23gen wie Diskriminierungsformen vermindert werden kön-  
 24nen. Das „Impact Assessment“ soll soweit rechtlich mög-  
 25lich öffentlich zugänglich gemacht werden. Des Weiteren  
 26 sollte der Einsatz der verwendeten KI-Systemen auch fort-  
 27laufend durch das Parlament evaluiert werden.

28

**Begründung**

30 KI-Systeme sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzu-  
 31denken. Sei es, dass uns auf sozialen Medien persona-  
 32lisierte Werbung angezeigt wird, Unternehmen Bewer-  
 33ber\*innen durch Software automatisch nach bestimmten  
 34 Kriterien filtern lassen oder indem Chatbots Bürger\*innen  
 35 bei Verwaltungsdienstleistungen helfen. In dem derzeiti-  
 36gen Entwurf der EU-Kommission zur Regulierung von KI-  
 37 Systemen fallen alle maschinellen Lernansätze, logischen  
 38 und wissensbasierten Ansätze sowie statistische Ansätze,  
 39 mit denen automatische Entscheidungen und Vorhersa-  
 40gen getroffen werden können, unter die Definition eines  
 41 KI-Systems.

42

43 Neben Effizienzgewinnen und Arbeitsentlastung stehen  
 44 aber vor allem die negativen Auswirkungen solcher Systeme  
 45 auf die Gesellschaft im Fokus der derzeitigen Debatte.  
 46 So zeigte die Kindergeld-Affäre in den Niederlanden zum  
 47 Beispiel eindrucksvoll, wie eingesetzte KI-Systeme in der

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****LPT II/2021: Überwiesen an Forum Netzpolitik****Stellungnahme des Forum Netzpolitik zum Antrag**

Das Forum Netzpolitik empfiehlt **Zustimmung** mit folgen-  
 der Ergänzung:

Hinter „Der Landesparteitag möge beschließen:“ wird  
 „Der Bundesparteitag möge beschließen:“ eingefügt.

Begründung: Der Antrag bezieht sich auch auf Bundesbe-  
 hörden.

48 Verwaltung Personen mit Migrationshintergrund syste-  
49 matisch diskriminiert haben und zu Unrecht Kindergeld-  
50 nachzahlungsforderungen an diese Familien gestellt wur-  
51 den. Die Entscheidungen wurden im Einzelfall nicht über-  
52 prüft und es war den Betroffenen oftmals nicht möglich,  
53 sich gegen diese Entscheidungen zur Wehr zu setzen. Vie-  
54 le Familien in den Niederlanden wurden dadurch in den  
55 finanziellen Bankrott getrieben. Ein anderes Beispiel aus  
56 Österreich zeigt, dass in der Verwaltung eingesetzte KI-  
57 Systeme auch nach Geschlecht diskriminieren. So hat ein  
58 Arbeitsmarktservice in Österreich das Geschlecht "weib-  
59 lich" als einen negative Eigenschaft für den Arbeitsmarkt  
60 bewertet und Frauen\* dadurch systematisch an Jobs mit  
61 geringeren Qualifikationsanforderungen verwiesen.

62  
63 Diese Beispiele zeigen, dass Systeme, welche automa-  
64 tische Entscheidungen treffen, häufig diskriminierendes  
65 Verhalten replizieren. Oft liegt dies daran, dass die für die  
66 Entscheidung genutzte Datenbasis nicht nah genug die  
67 Realität abbildet oder dass Entwickler\*innen teils ihre ei-  
68 genen Vorurteile auf die Systeme übertragen. Gerade bei  
69 Verwaltungsentscheidungen, die oftmals viele Bürger\*in-  
70 nen direkt betreffen, sollte deshalb eine hohe Sorgfalts-  
71 pflicht und Transparenz bei der Nutzung von algorithmi-  
72 schen Systemen bestehen.